

## Protokollauszug

aus der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderats Interlaken vom 3. Februar 2015

Versanddatum: 04.02.2015

---

### **4      A1.3                    Unterschriftensammlung, Initiative und Referendum generell** **B1.7.5                Verkehrsregime** **Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

*Gemeinderat Peter Michel* stellt fest, dass sich die Verkehrssituation in Interlaken seit der Neugestaltung des Postknotens sowie der Schliessung des Höhewegs im Schlauch für den motorisierten Individualverkehr deutlich beruhigt und dank begleitender Massnahmen verbessert habe. Es seien verschiedene flankierenden Massnahmen umgesetzt worden wie die Einbahnregelungen Rosenstrasse und Centralstrasse mit Entlastung der Savoykreuzung, der Ringverkehr für Gesellschaftswagen Strandbadstrasse – Viktoriastrasse – Harderstrasse – Höheweg Fahrtrichtung Ost oder die Aufhebung der Postautohaltestellen Postplatz und Metropole zugunsten einer Haltestelle im Schlauch. Die Mehrbelastung insbesondere des Nordquartiers bewege sich in einem zumutbaren Rahmen. Der Gemeinderat unterstütze die Stossrichtung des Titels der Gemeindeinitiative. Die Umsetzung des Textes der Gemeindeinitiative, der einen ganzjährigen, durchgehenden Verkehr mit Motorfahrzeugen aller Art auch durch den Schlauch verlange, könne der Gemeinderat hingegen nicht unterstützen. Die Umsetzung der Initiative würde die erreichten Verbesserungen zunichtemachen. Der Höheweg und die Postkreuzung vermöchten den Verkehr, den ihnen die Initiantinnen und Initianten zumuten wollen, nicht zu schlucken. Eine Annahme der Initiative würde auch bedeuten, dass das heutige Reisebusregime aufgehoben werden müsste und die bis zu 280 Reisebusse pro Tag in Zukunft den Höheweg und den Schlauch wieder beliebig in beiden Richtungen befahren dürften. Einschränkungen für Reisebusse verbiete der Initiativtext. Ein Verkehrschaos wäre vorprogrammiert. Der Gemeinderat lehne die Initiative ab.

Eintreten ist nicht bestritten.

*Franz Christ* war nicht froh über die Kappung der West-Ost-Verbindung nach Abschluss der Bauarbeiten auf dem Postknoten. Es habe sofort viel Kritik an der Schlauchsperrung gegeben. Im letzten Sommer habe der Verkehr wegen der vielen neuen ausländischen Fahrzeuge deutlich zugenommen, und doch sei ein Chaos ausgeblieben. Dann seien innert kurzer Zeit 900 Unterschriften für eine Initiative zusammengekommen, bei deren Formulierung wohl zu wenig an die Auswirkungen gedacht worden sei. Er sei selber überrascht, wie positiv sich das neue Verkehrsregime auswirke. Bei der weiteren Planung müsse aber auch an den Geschäftsverkehr gedacht werden. Er unterstütze deshalb die Initiative.

*Fritz Kupfer* bemerkt, mit einer FDP-Motion sei eine Fussgängerzone im Schlauch verlangt worden, und nun gebe es eine FDP-Initiative, die den Schlauch für alle Verkehrsteilnehmenden freigeben wolle. Er habe zwar Verständnis für die Initiative. Die Praxis habe aber gezeigt, dass die heutige Situation besser sei als vor der Sperrung des Schlauches. Verbesserungen in den Quartieren seien noch möglich. Die Initiative sei nicht umsetzbar. In zwei Jahren lasse sich ein Verkehrsplan nicht überarbeiten. Er sei gegen die Öffnung des Schlauchs, weil so das Erreichte zunichte gemacht werde. Viele Unterzeichnende der Initiative würde diese heute nicht mehr unterschreiben und in einer sofortigen Abstimmung würde die Initiative wohl abgelehnt. Er wolle aber nicht einfach eine Ablehnung, sondern einen sinnvollen Gegenvorschlag.

*Beat Künzli* begrüsst, dass die Stimmberechtigten nun über das Verkehrsregime im Dorf entscheiden könnten. Er bedaure, dass die Motion Grossenbacher nicht früher habe umgesetzt werden können.

*David Bühler* versteht, dass bei der Sperrung des Schlauches Unmut entstanden sei, weil in diesem Zeitpunkt diverse andere Strassensperrungen bestanden hätten. Heute hätte sich die Situation aber verbessert und es zeige sich, dass das Zentrum beruhigt worden sei. Er möchte der Gemeindeinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen und **beantrage**:

Der Gemeinderat wird beauftragt einen Gegenvorschlag zur Verkehrsinitiative auszuarbeiten. Folgende Eckpunkte sind dabei einzuhalten:

1. Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.
2. Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.

Der Gemeinderat wird gebeten, die betroffenen Kreise und die Parteien bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags in geeigneter Form miteinzubeziehen.

*Antonie Meyes Schürch* stand im März 2014 in der Annahme im Schlauch, dass dort bald keine Motorfahrzeuge mehr zirkulieren würden. Doch schon bald sei eine Initiative gestartet worden, die den motorisierten Verkehr wieder ermöglichen wollte. Als Velofahrerin, Fussgängerin und Mutter kleiner Kinder spreche sie die neue Verkehrsregelung an. Verbesserungen seien möglich, aber nicht im Sinne der Initiative. Eine Neufassung des Verkehrsrichtplans brauche viel Zeit und koste viel. Eine Freigabe der Bahnhofstrasse und des Schlauchs für Lastwagen und Reisebusse sei gefährlich. Die Initiative müsse ernst genommen, aber abgelehnt werden. Sie unterstütze den überparteilichen Gegenvorschlag.

*Christoph Betschart* sieht im Schlauch den Lieblingssandkasten der Interlakner Politik. Der Schlauch sei nicht das Hauptstück des Interlaken Strassennetzes. Der Verkehrsrichtplan beinhalte ein Gesamtkonzept, das der Grosse Gemeinderat mit den Beschlüssen von 2010 unterstützt habe. Auch er habe die Motion Grossenbacher unterschrieben, zweifle heute aber, dass das die richtige Lösung gewesen wäre. Er anerkenne, dass Verbesserungen gesucht und umgesetzt würden. Das Volk habe bisher keine Möglichkeiten gehabt, sich zur Verkehrssituation zu äussern. Diese Möglichkeit würden die Stimmberechtigten jetzt erhalten, womit nicht mehr die Politiker und die Verkehrsplaner das letzte Wort hätten.

*Bernhard Weinekötter* ist mit einem Gegenvorschlag und der Stossrichtung des Antrags Bühler einverstanden, möchte den Gegenvorschlag jedoch durch eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ausarbeiten lassen. Er **beantrage** deshalb:

1. Für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ohne Entscheidbefugnis eingesetzt.
2. Die Kommission soll folgende Eckpunkte einhalten:
  - Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.
  - Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.
3. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SVP
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SP
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der FDP
  - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der Grünen
  - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der EDU&EVP
  - ein vom Gemeinderat zu bezeichnendes Gemeinderatsmitglied
  - Sekretär des Grossen Gemeinderats als Kommissionssekretär ohne Stimmrecht
  - maximal zwei vom Gemeinderat zu bestimmende Personen mit beratender Funktion und ohne Stimmrecht
4. Der Gemeinderat und die Listen melden ihre Kommissionsmitglieder bis zum 16. Februar 2015 an das Ratssekretariat. Die so gemeldeten Mitglieder gelten als gewählt. Die nicht ständige Kommission hat den Gegenvorschlag bis spätestens Ende Juni 2015 auszuarbeiten.

*Bernhard Staehelin* unterstützt die Beurteilung, dass sich trotz Mehrverkehr die Verkehrssituation mit dem neuen Verkehrssystem verbessert habe.

---

*Ratspräsident Peter Hollinger* unterbricht die Sitzung auf Antrag von *Heidi Beutler* von 21.02 bis 21.10 Uhr.

*Gemeinderat Peter Michel* unterstützt den Antrag *Weinekötter* betreffend Vorgehen zur Ausarbeitung des Gegenvorschlags.

**Beschluss 1:**

1. Die Gemeindeinitiative „Keine Verkehrsverlagerung in die Wohnquartiere“ wird abgelehnt.
2. Sie wird den Stimmberechtigten unterbreitet.

(23:3 Stimmen)

**Beschluss 2:**

Der Initiative soll ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden.

(25:2 Stimmen)

**Cupabstimmung zum Gegenvorschlag:**

Für den Gegenvorschlag gemäss Antrag *Bühler*: 7 Stimmen

Für den Gegenvorschlag gemäss Antrag *Weinekötter*: 20 Stimmen

**Schlussabstimmung zum Gegenvorschlag:**

1. Für die Ausarbeitung des Gegenvorschlags zur Verkehrsinitiative wird eine nicht ständige Kommission des Grossen Gemeinderats ohne Entscheidbefugnis eingesetzt.
2. Die Kommission soll folgende Eckpunkte einhalten:
  - Der Verkehrsrichtplan ist dahingehend anzupassen, dass das heutige Verkehrsregime auf dem Höheweg (Abschnitt Postplatz-Harderstrasse) übernommen wird.
  - Die Wohnquartiere werden vom Durchgangsverkehr entlastet.
3. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SVP
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der SP
  - zwei Mitglieder des Grossen Gemeinderats aus der Liste der FDP
  - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der Grünen
  - ein Mitglied des Grossen Gemeinderats aus der Liste der EDU&EVP
  - ein vom Gemeinderat zu bezeichnendes Gemeinderatsmitglied
  - Sekretär des Grossen Gemeinderats als Kommissionssekretär ohne Stimmrecht
  - maximal zwei vom Gemeinderat zu bestimmende Personen mit beratender Funktion und ohne Stimmrecht
4. Der Gemeinderat und die Listen melden ihre Kommissionsmitglieder bis zum 16. Februar 2015 an das Ratssekretariat. Die so gemeldeten Mitglieder gelten als gewählt. Die nicht ständige Kommission hat den Gegenvorschlag bis spätestens Ende Juni 2015 auszuarbeiten.

(21:0 Stimmen)

---

Freundliche Grüsse

*sig. Goetschi*

Philipp Goetschi, Sekretär